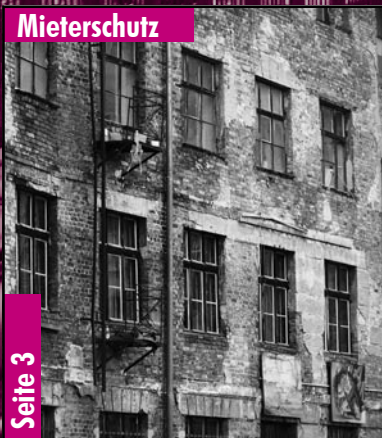




**Mieterschutz**



Seite 3

**Hirschhof**



Seite 4

**Stadumbau**



Seite 5

Aus BVV und Ausschüssen

# Clubs, Zäune und Mauern



Die Große Anfrage der SPD zum Tanzclub „ICON“ in der Milastraße 4 beschäftigte die Bezirksverordnetenversammlung Pankow (BVV) über eine längere Zeit. Anwohner hatten sich über Lärm beschwert, der Club sollte dichtmachen. Die BVV hatte einstimmig beschlossen, dass der Club in Prenzlauer Berg eine wichtige kulturelle Einrichtung ist. Das Clubsterben im Bezirk – erst der Magnet-Club, dann der traditionelle Knaack-Club – darf nicht weitergehen. Stadtrat Michail Nelken (DIE LINKE) versprach, den Rechtsrahmen auszuschöpfen, um den unbefristeten Weiterbetrieb des Clubs zu ermöglichen. Seit dem 6. Oktober ist klar, dass der Clubbetrieb über das Jahresende 2010 baurechtlich weiter zulässig ist. Ein weiteres Thema der BVV-Sitzungen im September und Oktober war der Hirschhof. Der Hirschhof besteht aus zusammen-

hängenden Hofanlagen an der Kastanienallee und Oderberger Straße. In den 80er Jahren wurde hier unter anderem ein Spielplatz errichtet - dank des Engagements der Anwohner. Untergrundkultur und Regimekritiker trafen sich hier neben Familien, die im dicht bebauten Prenzlauer Berg endlich mal Grün hatten. Wohl auch deshalb bekam der Hirschhof seine eigene Stasi-Akte. Leider haben nunmehr die Eigner der Häuser das Gelände eingezäunt und damit im Juni dieses Jahres vor dem Verwaltungsgericht auch noch Recht bekommen. Den Antrag der Linksfraktion, die gesamte Fläche des Hirschhofes als Gartendenkmal zu widmen und es der Öffentlichkeit dauernd zugänglich zu machen, nahm die BVV mehrheitlich an. Schließlich ging es um eine attraktive Gestaltung der Schlossparkmauer des Schlosses Schönhau-

sen. Die BVV beschloss, dass die Mauer zum Schutz vor Graffiti mit Rankpflanzen auf der Seite zum äußeren Schlosspark begrünt wird. Weiterhin soll ein Zugang von der Schlossallee zum Park durch eine Öffnung in der Parkmauer hergestellt werden. Natürlich ist dies mit dem Denkmalschutz in Einklang zu bringen. Wir sind gespannt, wie die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten sowie die Bundesakademie für Sicherheitspolitik diese Idee aufnimmt.

*Katrin Maillefert*  
Bezirksverordnete



# Trotz Wohngeld - sozial benachteiligt!



Im Januar 2009 trat die Wohngeldnovelle in Kraft. Entscheidend für die Übernahme des Miethöchstbetrages ist danach nicht mehr die Bezugsfertigkeit des Hauses, alle Baualtersklassen wurden auf Neubaumietniveau zusammengefasst. Damit stiegen die Mietzuschüsse um zehn Prozent. Bei der Berechnung des Wohngeldes wurde und wird ein fester Betrag für Heizkosten, der sich an der Zahl der zu berücksichtigenden Haushaltsmitglieder bemisst, in die Miete einberechnet und als einmaliger Wohngeldbetrag gezahlt. Eigentlich positiv für die betroffenen ca. 5.500 Pankower Wohngeldempfänger. Sie waren zuvor Empfänger von Grundsicherungsleistungen oder Berufstätige mit niedrigem Einkommen und bekamen aufstockende Leistungen durch das JobCenter. Wenn man sich jedoch näher mit den Auswirkungen befasst, ist feststellbar, dass die Wohngeldempfänger sogar sozial schlechter gestellt werden: Die Erhöhungen

sind meist sehr gering und erreichen nicht einmal die Höhe der Kosten für das BVG-Sozialticket. Die Wohngeldempfänger gehören nicht mehr zu den Berechtigten für den „berlinpass“ und dessen Vergünstigungen. Die zuvor mögliche Befreiung von der Rundfunkgebührenpflicht entfällt ebenfalls. Das Bezirksamt schätzt ein, dass im Zeitraum vom Januar 2009 bis August 2010 insgesamt ca. 600 Haushalte/Personen in den Wohngeldbezug gewechselt sind bzw. wechseln mussten. Für die Linksfraktion war das der Grund für einen Antrag an die Bezirksverordnetenversammlung (BVV), der die Reduzierung von Nachteilen beim Wohngeldbezug thematisierte: „Das Bezirksamt wird ersucht, sich beim Land dafür einzusetzen, dass der Berechtigtenkreis für den „berlinpass“ um all die Personen erweitert wird, die infolge der Wohngeldnovelle aus dem Leistungsbezug nach SGB II bzw. SGB XII heraus-

fallen werden“. Mit dem Sparpaket der Bundesregierung erhalten aber nun Wohngeldempfänger ab 2011 überhaupt keinen Heizkostenzuschuss mehr. Obwohl er von der gleichen Regierung in Zeiten höherer Energiekosten erst eingeführt wurde. Für die Betroffenen führt dies zu weiteren Verschlechterungen ihrer Lebensbedingungen und zu existentiellen sozialen Benachteiligungen. Jetzt wird es umso wichtiger, dass Berlin seine Möglichkeiten zur Reduzierung der Nachteile für Wohngeldbezieher ausschöpft.

*Eveline Lämmer*  
Bezirksverordnete

Grundsicherung	Wohngeld
	Antragsannahme
37	Mietzuschuss
40	

Wohnen muss bezahlbar sein

## Zerleger und Dealer

extraDrei sprach mit Michail Nelken (58), Bezirksstadt für Kultur, Wirtschaft und Stadtentwicklung. Der gelernte Elektrosignalschlosser und studierte Philosoph promovierte 1987 und sorgt sich seit Jahren um steigende Mieten:

### **Michail, haben Bezirk oder das Land Berlin überhaupt Möglichkeiten, Mieten zu begrenzen?**

Ein Mietverhältnis ist ein privatrechtlicher Vertrag zwischen Mieter und Vermieter. Land und Kommune dürfen hier nicht eingreifen. Die Miethöhe ist prinzipiell frei aushandelbar. Das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) setzt wenige Regeln für Wohnungsmietverhältnisse. Will man an den Regelungen zur „normalen“ Mieterhöhung (20 Prozent in 3 Jahren) oder zur Modernisierungumlage 11 Prozent der anteiligen Modernisierungskosten pro Jahr etwas ändern, ist dies nur auf der Bundesebene möglich.

### **Das heißt, Dir sind angesichts steigender Mieten im Bezirk die Hände gebunden?**

Man kann auf die Mietentwicklung indirekt Einfluss nehmen, in dem man über baurechtliche Instrumente auf die Rahmenbedingungen des lokalen Wohnungsmarktes einwirkt und damit auf die Immobilienpreise und Verwertungsynamik. Dafür bedarf es einer bundesrechtlichen Ermächtigung. Das ist der Hintergrund der Debatte um die Möglichkeit der Feststellung eines Wohnraum Mangels, auch nur für bestimmte Teile der Gemeinde Berlin. Denn in Teilen Berlins ist die Nachfrage besonders hoch mit der Folge, dass die Mieten überproportional stark ansteigen. Pankow ist betroffen. Diese Entwicklung ist nicht auf die Gründerzeitquartiere des Prenzlauer Bergs begrenzt, sondern auch in Alt-Pankow und Niederschönhausen sowie Teilen des südlichen Weißensee sind ähnliche Aufwertungstendenzen zu verzeichnen.

### **Aber gab es nicht schon mal Mietobergrenzen im Bezirk?**

Damit der Staat bzw. die Kommune restriktiv in den Immobilien- und Wohnungsmarkt zu Lasten der Ver-

wertungsbedingungen der Eigentümer von Grundstücken, Wohnhäusern und Wohnungen eingreifen darf, ist die Gefährdung der Wohnraumversorgung zu belegen. Weil diese Voraussetzung nicht gegeben war, haben Gerichte mietbegrenzende Nebenbestimmungen in Sanierungs- und erhaltungsrechtlichen Genehmigungen in Prenzlauer Berg und die Anwendung der Zweckentfremdungsverbotsverordnung, mit der die Umnutzung von Wohnraum für andere Zwecke untersagt werden kann, für Berlin vor einigen Jahren für nichtig erklärt. Dabei wurde aber jedes Mal auf die Gesamtstadt abgestellt. Für Einkommensschwache sei in der Stadt ausreichend bezahlbarer Wohnraum vorhanden, deshalb könne man Eigentümer am Kollwitzplatz, in der Flora- oder Mayerbeerstraße nicht in der Verfügung über ihr Wohneigentum einschränken. DIE LINKE setzt sich für die rechtliche Anerkennung lokaler Wohnraumpässe ein, damit der sozialen Verdrängung in den Aufwertungsquartieren entgegen gewirkt werden kann.

### **Was verbirgt sich hinter dem Wortungetüm Kündigungsschutzklauselverordnung?**

In vier Bezirken der Stadt, darunter in Pankow, gilt seit 2006 ein verlängelter Kündigungsschutz bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen. Ab dem Zeitpunkt der Umwandlung ist der Bestandsmieter gegen eine Kündigung wegen Eigenbedarf oder aus Gründen der wirtschaftlich besseren Verwertung für sieben Jahre geschützt. Das ist nicht nur für den Mieter eine Schonfrist, sondern wirkt sich dämpfend auf den Markt von Wohneigentum aus. Diese Kündigungsschutzklauselverordnung läuft aber 2011 aus. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass sie fortgeführt, in ihrer Wirkungsdauer auf zehn Jahre und in ihrem Geltungsbereich auf alle Berliner Bezirke ausgedehnt wird.

### **Wie kann man denn die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen begrenzen?**

DIE LINKE setzt sich dafür ein,

dass das Land Berlin eine Verordnung erlässt, die die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen in den Milieuschutzgebieten unter einen Genehmigungsvorbehalt stellt. Damit könnte der Bezirk für maximal zwei Mal fünf Jahre eine solche Umwandlung untersagen. Auch dies würde sich auf die Mietpreise dämpfend auswirken. Gerade im Prenzlauer Berg sind die so genannten Zerleger oder Dealer unterwegs, die Wohnhäuser aufkaufen, in Eigentumswohnungen zerlegen und inklusive Sanierung an den Enderwerber weiterverkaufen, noch bevor ein Handschlag getan wurde.

### **Welche Instrumente hast Du noch bei der Hand, um Mieter zu schützen?**

Im Bezirk hat man das Instrument der Erhaltungsverordnungen, insbesondere der Milieuschutzverordnung. Im Falle der Modernisierung von Wohnungen kann man für bestimmte überdurchschnittliche Ausstattungsmerkmale die Genehmigung versagen. Dieses Instrument verhindert keine Mietsteigerung, kann aber zur Dämpfung der allgemeinen Standard- und Mietentwicklung in einem Stadtteil beitragen. Der Bezirk kann darüber hinaus eine Umstrukturierungsverordnung einsetzen. Sie begrenzt nicht Wertsteigernde Baumaßnahmen, sondern geht davon aus, dass das angestrebte Vorhaben im öffentlichen Interesse liegt und stellt mit einem Sozialplan eine für die Mieter sozial verträgliche Durchführung sicher.

### **Und die Wohnungsbaugesellschaften?**

Haben 15 Prozent des Berliner Wohnungsbestandes. Der muss erhalten und, wo möglich, im Interesse einer sozial orientierten Mietpolitik ausgebaut werden.

Interview:

Ernst Lüdemann, Sandra Brunner





Öffentlicher Raum

## Gartendenkmal Hirschhof



Der Hirschhof in der Oderberger Straße wurde zwischen 1982 und 1985 auf mehreren zusammengelegten Hinterhöfen durch die Eigeninitiative der Bewohnerinnen und Bewohner der Oderberger Straße und unter dem Argwohn der damaligen staatlichen Stellen geschaffen. Während die Anwohner das Grünflächendefizit in diesem Teil des Prenzlauer Berges beheben wollten, war der Totalabriss der Oderberger Straße für die DDR-Stadtplaner längst ausgemachte Sache. Das damalige staatliche Misstrauen war in seiner kruden Logik insofern berechtigt, als dass aus dem unverfänglichen "Nachbarschaftsgarten" bald ein Begegnungsort wurde, der weit über die bloße "Nachbarschaft" hinaus ausstrahlte. In unmittelbarer Mauernähe wurden in dieser "Grünanlage" ursprüngliche staatliche Organisationseinheiten wie ein Wohnbezirksausschuss zu Keimzellen des Widerstandes gegen den SED-Staat. Sie wurde zu einem Treffpunkt sogenannter Halbstarker genauso wie zum

Treffpunkt der wachsenden DDR-Opposition wie des künstlerischen "Untergrundes" des Prenzlauer Berges – mit fließenden Grenzen zwischen all diesen Gruppen. Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) legte eine Akte "Hirschhof" an. Noch in den frühen neunziger Jahren wurden auf dem Hirschhof die beiden größten Mieterdemonstrationen organisiert, die es in Berlin je gab. In bewusster Anlehnung an die alte Abkürzung der Wohnbezirksausschüsse, WBA, organisierte sich hier die Initiative "Wir bleiben alle", W.B.A.

Lange, nach dem die Mauer verschwunden ist, bedrohen nun Grundstücksgrenzen den Bestand des Hirschhofes. Die neuen Eigentümer der anliegenden Häuser verwehrten zunächst den Zutritt zu der Anlage und wollen sich nun mit Hilfe der Gerichte ganze Teile davon zur ausschließlich privaten Nutzung herauschneiden. Es wird bestritten, dass es sich überhaupt um eine öffentliche Grünanlage handelt. Aus diesem Grund hat

die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) auf Antrag der Linksfraktion und mit den Stimmen von SPD und Grünen beschlossen, den Hirschhof in seiner ursprünglichen Form als öffentlich zugängliches Gartendenkmal zu widmen.

Der Hirschhof ist keine Kirche, kein repräsentatives Gebäude – er ist ein Garten. Ein Garten mit einer Stasi-Akte. In unmittelbarer Nähe hat sich das Drakonische der DDR in Beton und Stacheldraht manifestiert. Die Opposition saß im Grünen. Das machte ihre Kraft aus. Darum ist dieser Ort denkmalwürdig. Verschlösse man ihn vor der Öffentlichkeit, tötete man seinen Geist.

*Wolfram Kempe  
Bezirksverordneter*



## Einspruch gegen Mauerparkbebauung



2.500 Einwendungen gegen eine Bebauung des Mauerparks haben die Bürgerinnen und Bürger aus Mitte und Pankow formuliert und während einer Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung der Bezirksverordnetenversammlung Mitte (BVV) dem Stadtrat für Stadtentwicklung, Ephraim Gothe (SPD) übergeben.

Wie viele Einwendungen dem Bezirksamt auf dem Online-Wege zugehen, ist noch unbekannt. Aber es dürften einige hundert sein. Schließlich hatten die Bürgerinitiativen intensiv mobilisiert. Doch die Verwaltung in Mitte tat sich schwer mit dem modernen Weg zur Bürgerbeteiligung. Erst im laufenden Verfahren erreichten die Bürgerinnen und Bürger die Durchsetzung des Onlineverfahrens, was in anderen Bezirken längst Alltag ist. Und wer seine Einwendungen nun endlich von zu Hause aus absenden wollte, wurde durch häufige

Fehlermeldungen auf eine harte Probe gestellt. Aber niemand wird an Absicht denken?

Der Grundtenor der Einwendungen und Widersprüche zum Bebauungsplan-64 „Mauerpark“ besteht in der Ablehnung jeglicher Bebauung des Mauerparks. Keine besonders unverschämte Forderung, hat doch Berlin schon 1994 mit dem Beschluss über den Flächennutzungsplan (FNP) die Fläche des Mauerparks als Grünfläche definiert und damit vor jeglicher Bebauung geschützt. Mit bürgerfreundlichen Tricks wollen Gothe und Stadtentwicklungssenatorin Junge-Reyer (SPD) den Beschluss unterlaufen, aber da ist Bürgerin und Bürger vor. Mit den Einwendungen wollen die Bürgerinnen und Bürger die Umsetzung des FNP erreichen und Nutzungskonflikten durch Wohnungsneubau vorbeugen. Sie sind wenig begeistert von siebengeschossigen Bauten an

der Bernauer Straße Ecke Wolliner Straße, wo es zurzeit einen Spielplatz und eine Grünfläche gibt. Sie wollen den denkmalgeschützten Gleimtunnel erhalten, der für die Erschließung eines neuen Wohngebietes nördlich der Gleimstraße mindestens teilweise abgerissen werden soll. Setzen sich die Bürgerinnen und Bürger durch, dann ist das gut so und beispielgebend für Berlins gelebte Demokratie und für die Berliner Ökobilanz.

*Sven Diedrich  
Bezirksverordneter BVV Mitte*



Wohnen

## Stadtumbau Ost

Bis heute sind in den Berliner Stadtumbau Ost 164 Millionen Euro für Rückbau und Aufwertung geflossen. Abriss und Rückbau von Wohngebäuden erfolgen aus städtebaulichen Gründen, heißt es in der Berliner Koalitionsvereinbarung von SPD und DIE LINKE. Mit dem Abriss von rund 4.000 Wohnungen wurde das Wohnungsangebot jedoch im Interesse der Wohnungswirtschaft verknappt. Schon jetzt ist absehbar, dass die damals leeren oder leergezogenen Wohnungen in absehbarer Zeit für ein Angebot an preiswertem Wohnraum fehlen werden.

DIE LINKE hatte sich in den vergangenen Jahren stets für einen Stadtumbau unter Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern ausgesprochen. Diese forderten, dass es eine Alternative zum Abriss geben müsse und Wohnungen zu erhalten seien. DIE LINKE konnte gegen heftigen Widerstand der SPD-geführten Senatsverwaltung für Stadtentwicklung einen Verzicht auf Totalabriss durchsetzen,

so dass Wohnprojekte wie die Ahrensfelder Terrassen entstanden.

Die Großsiedlung Buch ist erst seit 2009 aktives Stadtumbau-Gebiet. Hier werden nun Mittel eingesetzt, ohne Wohnungen „vom Markt zu nehmen“. Die ehemalige Kita in der Franz-Schmidt-Straße wird zu einem Beratungshaus, in dem sich die sozialen Angebote des Bezirkes und freier Träger konzentrieren. Zudem entstehen ein Raum der Begegnung, ein kleines Café sowie ein Veranstaltungsraum – kurzum eine nachbarschaftliche Mitte. Dank Stadtumbau Ost kann auch die Sanierung der Einrichtung „Der Alte“ fortgesetzt werden. Sie wird energetisch und barrierefrei umgebaut.

Auch im Prenzlauer Berg – seit 2002 in der Förderung – waren die Ziele des Stadtumbaus andere als in Marzahn: Schul- und Kitagebäude wurden erneuert, Freiflächen aufgewertet und Spielplätze attraktiver gestaltet. Der künftige Schwerpunkt soll auf der Erneuerung und Erweiterung von

Schulen liegen.

Bei solch positiver Ausrichtung des Programms, von dem viele im Bezirk profitieren, übt DIE LINKE heftige Kritik an den Plänen der Bundesregierung, die Mittel für den Stadtumbau Ost drastisch zu kürzen.

*Dr.-Ing. Guido Brendgens  
Bezirksverordneter*



## Mieterversammlung am Wasserturm

In drei Wohnblöcken aus DDR-Zeiten am Wasserturm in der Metzger Straße und in der Saarbrücker Straße ist seit mehreren Monaten einiges anders. Es ist nicht mehr so ruhig wie bisher. Der Investor Econcept plant große Um- und Neubauten an den Häusern, unter anderem soll ein Neubau an die drei Wohnblöcke gestellt werden (extraDrei berichtete). Die Mieter sind zu Recht dagegen, denn die Wohnungen haben modernen Standard und sind preiswert, die Anlage ist eine grüne Oase. Sie gründeten eine Initiative, um das Projekt zu verhindern und luden Michail Nelken, Stadtrat für Stadtentwicklung (DIE LINKE), Thomas Goetzke, Linksfraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Pankow (BVV) und mich ein zu einer Mieterversammlung, um die Situation zu besprechen.

Ich skizzierte zunächst die falsche Stadtentwicklungspolitik in den

1990er Jahren, die zu der jetzigen Situation führte. In der Innenstadt sollten danach die „Besseren“, also teureren Wohngebiete sein. Dass das falsch ist, davon konnten wir die SPD noch nicht überzeugen. Aus dem Bundestag berichtete ich über zwei Anträge meiner Fraktion zum Wohnen als soziales Grundrecht und zur Begrenzung von Modernisierungsumlagen. Eine rot-rote Bundesratsinitiative könnte den Mietenanstieg bremsen, falls genügend andere Bundesländer mitmachen. Thomas Goetzke erläuterte den Stand der Diskussion in der BVV. Statt der von Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse und seiner SPD - medienwirksam, aber fachlich falsch – geforderten Umstrukturierungssatzung mit Sozialplan, soll ein Bebauungsplan helfen, schlimmeres zu verhindern. Der Erfolg dieser „Aufklärungsarbeit“ ist neben dem Engagement unserer

BVV-Fraktion auch der Mieterinitiative zu verdanken.

Stadtrat Michail Nelken beantwortete geduldig viele Fragen, die sich aus dem Bebauungsplan-Verfahren ergeben und rief dazu auf, dass nicht nur die betroffenen Mieter von ihrem Recht Gebrauch machen, Stellung zu beziehen - also Einwände gegen das Projekt hervorbringen. Die lobenswerte Arbeit der Mieterinitiative ist, auch wenn der Anlass ein unschöner war, ein ermutigendes Beispiel für aktive, sich einbringende Bürger.

*Stefan Liebich  
Bundestagsabgeordneter*



Weißensee

## Mehr rechte Vorfälle



2010 kristallisierte sich Weißensee als regionaler Schwerpunkt neonazistischer und rassistischer Aktivitäten in Pankow heraus. Seit längerem ist dieser Stadtteil bekannt für eine nicht organisierte rechtsorientierte Subkultur (Gewaltbereite, Rocker, etc.), die im Sommer unter anderem auf den Wiesen rund um den Weißen See und am Antonplatz anzutreffen ist.

Im Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. August 2010 registrierte das Pankower Register 31 Vorfälle in Weißensee. 2009 waren es im selben Zeitraum zehn Vorfälle. Insbesondere im Bereich der sogenannten „Anti-Antifa-Arbeit“ - dem systematischen Ausspähen, Bedrohen und Angreifen von vermeintlich linken und alternativen Personen und Projekten durch Neonazis - fanden verstärkt Aktivitäten statt (2010: sechs Vorfälle, 2009: zwei). Vor allem das alternative Kultur- und Bildungszentrum Raoul Wallenberg (KuBiZ), der dort ansässige Jugendklub „Bunte

Kuh“ und die darin verkehrenden Personen wurden in den letzten Monaten mehrfach Angriffsziel neonazistischer Bedrohung und gewalttätiger Angriffe.

Eine Häufung rechter Propagandelikte lässt sich auch für das sogenannte Komponistenviertel zwischen Berliner Allee und Jüdischem Friedhof Weißensee sowie den Antonplatz feststellen. Anwohnende berichten vermehrt über neonazistische Aufkleber, Sprühereien, die den Nationalsozialismus verherrlichen, sowie nächtliche Sieg-Heil-Rufe, aber auch rassistische Bedrohungen. Betroffene fühlen sich dabei häufig allein gelassen. Der Anstieg an Vorfällen lässt sich vermutlich unter anderem damit erklären, dass ein Mitglied der inzwischen aufgelösten Kameradschaft Freie Nationalisten Berlin-Mitte in Weißensee wohnt und dort Treffen stattfanden. Inwiefern die Selbstauflösung der Kameradschaft sich auf die rechte Aktivitäten in Weißensee aus-

wirken wird, ist abzuwarten. Die im Ortsteil aktiven Antifaschisten und die Netzwerkstelle [moskito] sind besorgt über diese Entwicklung, die Ausgrenzung und Bedrohung für Menschen bedeutet, die nicht in das rechtsextreme und rechtspopulistische Weltbild passen. Umso wichtiger ist es, Menschen, die von rechtsextremer Bedrohung betroffen sind, oder sich dagegen stellen, zu unterstützen. Wenn Sie in Weißensee wohnen und aktiv werden wollen, Vorfälle beobachten oder selber betroffen sind, melden Sie sich bitte unter [moskito@pfefferwerk.de](mailto:moskito@pfefferwerk.de) oder 030 – 443 71 79.

*Moskito*



## 20 Jahre VVN-BdA



Als „Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten Berlin-Pankow e.V.“ (BdA) wurde der gemeinnützige Verein 1990 gegründet. BdA-Gruppen entstanden zu dieser Zeit vielerorts in Ostdeutschland. Mitten im Zusammenbruch der DDR, ihrer Strukturen und Organisationen sollte ein strömungsübergreifendes Sammlungs- und Auffangbecken geschaffen werden, um auf Grundlage eines antifaschistisch-demokratischen Minimalkonsenses dem auflebenden Nationalismus, Rassismus und Neonazismus etwas entgegenzusetzen. Seit dem Zusammengehen mit der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) im Jahr 2002 trägt die Organisation den Namen VVN-BdA.

Die aktiven Mitglieder der Pankower VVN-BdA haben in den vergangenen 20 Jahren Großes geleistet. Dazu zählen Erinnerungspolitik sowie antifaschistische Vernetzung. Bei der pädagogisch-historischen Arbeit ragt Dr. Inge Lammel hervor,

die Ehrenvorsitzende des Vereins. Inge widmet sich seit den 1980er Jahren intensiv der Erschließung des ehemals vielfältigen jüdischen Lebens in Pankow. Trotz hohen Alters immer noch aktiv, hat sie erst jüngst ihr Standardwerk und die Ausstellung zum Pankower Judentum mit Hilfe jüngerer Kameradinnen und Kameraden neu überarbeitet. Es ist auch in einer CD-Version erhältlich, die für 2,50 Euro über den Verein bezogen werden kann.

Zeitzeugengespräche und Ausstellungen in Schulen sowie anderen öffentlichen Orten, historische Rundgänge sowie Informationsstände bei lokalen Ereignissen sind der VVN-BdA Pankow ebenso wichtig wie das Eingreifen in aktuelle gesellschaftliche Debatten. Ein weiteres Anliegen ist die Unterstützung und Einbindung jüngerer Antifas. Auf diesem Wege kommen wir langsam, aber stetig voran.

So sind wir zuversichtlich, dass wir in Pankow die antifaschistische Ar-

beit auch dann noch erfolgreich fortführen werden, wenn die Generation der Verfolgten und Widerstandskämpferinnen und -kämpfer verstorben sein wird. Die Herausforderungen durch Ideologien menschlicher Ungleichheit wie Neonazismus, Rassismus, Antisemitismus, Nationalismus, Sexismus und Homophobie werden keineswegs geringer.

*VVN-BdA Berlin-Pankow e.V.*

VVN-BdA Berlin-Pankow e.V., c/o JUP e.V., Florastr. 84, 13187 Berlin. Im Internet: <http://pankow.vvn-bda.de>, email: [bda-pankow@gmx.de](mailto:bda-pankow@gmx.de)



Hauptversammlung zur Programmdebatte

## Streit vorprogrammiert?

Überraschend lebendig, sachlich und anregend war die Hauptversammlung des Bezirksverbandes Pankow am 2. Oktober. Auf der Tagesordnung standen der Programmtext der LINKEN und die Wahl der Delegierten zum Landesparteitag. Zur produktiven Atmosphäre haben sicher die einführenden Bemerkungen der stellvertretenden Bezirksvorsitzenden Sandra Brunner beigetragen, die die Debatte zum Programmtext in den Zusammenhang zur aktuellen politischen Situation und zu den Aufgaben der LINKEN stellte. Der Bezirksvorstand hatte den zahlreich erschienenen Delegierten (88,6 Prozent) zudem eine „Wortmeldung zur Programmdebatte“, in die auch eine Vielzahl von Anregungen und Positionen aus den Basisorganisationen aufgenommen wurden, zur Diskussion vorgelegt.

Mehrheitlich betonten die Diskussionsredner, dass der Entwurf der Programmkommission eine gute und

geeignete Grundlage für die weitere Verständigung in unserer Partei ist. Einig waren sich die Delegierten darüber, dass die Programmdebatte die Partei zusammenführen, ihr antikapitalistisches Profil schärfen und ihre Bündnisfähigkeit stärken muss. Unterstützt wurde in der Diskussion, dass der Programmtext den demokratischen Sozialismus als ein anderes, sozial gerechtes Gesellschaftssystem begreift. Grundlage dafür ist eine demokratische und gerechte Wirtschaftsordnung. Sie muss die Dominanz des kapitalistischen Eigentums und Profits brechen, die Marktsteuerung sozialen und ökologischen Kriterien unterordnen und eine demokratische Rahmenplanung verwirklichen. Die Ablehnung des Krieges als Mittel der Politik muss konsequent als Grundprinzip unserer Politik gelten. Überwiegend Zustimmung fand, dass demokratischer Sozialismus Ziel, Bewegung und Wertesystem ist. Gestritten, das

zeigen nicht nur Diskussionen in unserem Bezirksverband, wird über Wege, Möglichkeiten und Bedingungen. Klar ist, dass demokratisch-sozialistische Politik im Hier und Heute beginnen muss. Dazu sollte, basierend auf den Erfahrungen der LINKEN, die Bedeutung von kleinen und großen Reformen in der politischen Praxis der Partei stärker im Programmtext betont werden. Die Hauptversammlung hat viele Anregungen für unsere weitere Diskussion gegeben. Wir werden also auch künftig munter streiten.

*Renate Tepper*



## Auch Goethe hatte Sex

„Lecket mich“, schreibt er schnellfüßig in den frischen Schnee. Die Zeit für Graffiti war eben noch nicht angebrochen. 1772, als Johann Wolfgang eine wichtige Prüfung grandios verhaut. Papa (Henry Hübchen) versteht da gar keinen Spaß und steckt ihn kurzerhand nach Wetzlar in die Provinz. Gerade kam Philipp Stölzls „Goethe!“ - ja, mit Ausrufezeichen - in die Kinos. Und wie witzig, jung und sexy der mit dem heiligsten Nationalheiligum aller

Deutschen umgeht, ist schon sehenswert. Schnappen Sie sich also - wenn Sie haben - den Enkel und machen mit ihm in Kultur. Ganz ehrlich, das wird beiden etwas geben, auch beiden irgendwo (natürlich an jeweils anderen Stellen) auf den Sender gehen. Aber auf jeden Fall kommt man prima ins Gespräch. - Ja, auch Goethe hatte Sex. Wir Älteren haben es schon immer gehaut, aber es dann auch noch auf großer Leinwand vorgeführt zu bekommen, da muss

man schon schlucken. Nicht wegen eventueller Freizügigkeit, nein, wegen Gööööthe und der Entzauberung... Wie der wegen dieser Liebe zur flotten Lotte Buff (Miriam Stein) schließlich im Knast landet und sich „Die Leiden des jungen Werthers“ von der aufmüpfigen Seele schreibt, dürfte Lust machen, das schmale Bändchen aus dem Bücherregal zu ziehen. Dieser sehr frische und unverstellte Alexander Fehling folgt als unkonventioneller Goethe im Spiel zwischen Fiktion und Authentischem voller Spielfreude seinem Regisseur. Wie Stölzl es schafft, großes Gefühlskino und coole Jugendlichkeit auf einen Nenner zu bringen, macht richtig Freude. Er hat ein Denkmal vom Sockel geholt und zu uns gesellt. Dass Literaturwissenschaftler sicherlich jede Menge zu mäkeln haben, macht den Film nicht kleiner.

*Gisela Blank*



Stammtisch

# Anruf genügt



Beim „symbolischen Postamt“ unter dem Ortseingangsschild von Buchholz hatten wir uns, sechs Genossinnen und Genossen unserer Basisorganisation, versammelt, um das Sparpaket der Merkel-Regierung an den Absender zurückzuschicken. Es war unser Protest gegen die Ungeheuerlichkeiten, die für die kleinen Leute geplant sind. Ein BMW hielt und der Zahnarztrentner fragte: „Kommst du noch zum Stammtisch?“ Mein Nicken verhinderte einen größeren Stau.

In der bekannten Runde beim „Eisernen Gustav“ fragte Norbert dann gleich: „Was habt ihr so früh auf der Straße gemacht?“ „Ich hatte einen Anruf und da ich zu meiner Partei stehe, war ich bereit, an dieser Aktion teilzunehmen. Die Regierung will, wie ihr wisst, die Staatsschulden auf die kleinen Leute

verteilen. Protest ist notwendig und angesagt.“

Karl hatte schon ein gerötetes Gesicht. Nicht von der Sonne, aber wohl vom Genuss einiger Biere. Die ersten sind ja auch immer die Schnellsten. „Die magische Fünf ist in aller Munde. Die Hartz IV-Empfänger sollen mit fünf Euro abgespeist werden, das ist zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig“, gab Karl zu bedenken. „Für die fünf Millionen Hartz IV-Empfänger sind ca. 15 Millionen Euro im Monat erforderlich. Ein Kampfflugzeug kostet ein Vielfaches mehr. Diese unmoralische Entscheidung wird von einer Christlichen Volkspartei im Bündnis mit den von jeder Moral freien Demokraten getroffen. Das muss für die ‚Freien‘ eine Sternstunde ihres Regierens gewesen sein“, meinte Norbert. Zwischenrufe: Das

ist zynisch, eine bodenlose Schweinerei, Volksverdummung in Potenz, das reicht nicht als Inflationsausgleich.

Benjamin entspannte die Stimmung, indem er sich meldete wie in der Schule und ertete Gelächter. „Ich denke für die Hartz IV-Empfänger aus dem Osten wurde eine spezielle Rechenmethode angewendet und dabei gleich die Vergangenheit als Faktor einbezogen. Wir müssen die von uns beherrschte Methode des Umrechnens anwenden. Einem Euro entsprechen zwei D-Mark oder vier Aluminium-Chips. Diese mit fünf multipliziert und wir bekommen 20 Ostmark. Das ist dann doch schon recht ansehnlich. Oder?“

Ja, die „göttliche Fünf“ hat es in sich. Die Bedienung nahm die nächste Bestellung auf.

*Klaus Flemming*

## WANNWOWASWANNWOWASWANN

13. November 12.00 Uhr

Rundgang zu den Stätten ehemaligen jüdischen Lebens in Pankow, veranstaltet vom Förderverein Ehemaliges Jüdisches Waisenhaus und VVN/BdA, Treffpunkt: ehemaliges Jüdisches Waisenhaus, Berliner Straße 120/121

16.00 Uhr

Erzählcafé, Dr. Inge Lammel spricht über ehemaliges jüdisches Leben in Pankow, veranstaltet von der OASE Pankow, Kulturen im Dialog und Koordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, Interkulturelles Haus, Schönfließer Straße 7

15. November 18.00 Uhr

Sitzung der Linksfraction in der BVV Pankow im Fraktionszimmer

16. November 19.00 Uhr

„Demokratischer Sozialismus: Für das Ganze denken. Rudolf Bahros sozial-ökologische Alternative“, Gedenkveranstaltung zum 75. Geburtstag von Rudolf Bahro, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1

22. November 10.00 - 17.00 Uhr

Das Partizipations- und Integrationsgesetz in Berlin, Konferenz Helle Panke e.V. und Linksfraction im Berliner Abgeordnetenhaus, Nachbarschaftshaus Schöneberg e.V., Holsteinische Straße 30 (U 9 Walther-Schreiber-Platz)

18.00 Uhr

Sitzung der Linksfraction in der BVV Pankow im Fraktionszimmer

23. November 14.30 Uhr

Weihnachtsfeier der LINKEN Pankow in der Bezirksgeschäftsstelle

24. November 19.00 Uhr

„Außer Kontrolle: Videoüberwachung in der Stadt“, Diskussion und Vortrag zu Bürgerrechten, Helle Panke, Kopenhagener Straße 9

19.30 Uhr

Sitzung des Bezirksvorstandes LINKE Pankow in der Bezirksgeschäftsstelle

27./28. November 10.00 Uhr

1. Tagung des 3. Landesparteitag DIE LINKE Berlin, Max-Taut-Aula, Fischerstraße 36 / Schlichtallee (S Nöldnerplatz)

29. November 18.00 Uhr

Sitzung der Linksfraction in der BVV Pankow im Fraktionszimmer

1. Dezember 17.30 Uhr

38. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung Pankow (BVV), Bezirksamt, Fröbelstraße 17, Haus 7, BVV-Saal

6. Dezember 18.00 Uhr

Basistag der LINKEN in Pankow in der Bezirksgeschäftsstelle

19.30 Uhr

Sitzung des Bezirksvorstandes DIE LINKE Pankow in der Bezirksgeschäftsstelle

10. Dezember 20.00 Uhr

Roter Salon, „Obdachlosigkeit in Berlin“, Diskussionsrunde mit Klaus Lederer (MdB), Carola Bluhm (Senatorin), Karsten Krampitz (Schriftsteller), Kavalierhaus, Breite Straße 45

13. Dezember 18.00 Uhr

Sitzung der Linksfraction in der BVV Pankow im Fraktionszimmer

20. Dezember 19.30 Uhr

Sitzung des Bezirksvorstandes DIE LINKE Pankow in der Bezirksgeschäftsstelle

9. Januar 9.00 Uhr

Liebknecht-Luxemburg-Ehrung, Friedrichsfelde

10. Januar 9.00 Uhr

Sitzung der Linksfraction in der BVV Pankow im Fraktionszimmer

17. Januar 18.00 Uhr

Sitzung der Linksfraction in der BVV Pankow im Fraktionszimmer

### Impressum

Herausgeber:

DIE LINKE.

Bezirksvorstand Berlin Pankow

Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin

Fon 44 01 77 80 – Fax 44 01 77 81

[www.die-linke-pankow.de](http://www.die-linke-pankow.de)

eMail: [redaktion@die-linke-pankow.de](mailto:redaktion@die-linke-pankow.de)

V.i.S.d.P.:

Carsten Schatz

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

30. Oktober 2010

Druck: double express

Auflage: 6.500

Die nächste Ausgabe der extraDrei

erscheint am

23. Januar 2011

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt.

Das Blatt wird durch Spenden finanziert.

Spenden können eingezahlt werden direkt in der Geschäftsstelle bzw. in einem der Kiezbüros oder auf folgendes Konto: 43 84 81 68 00 bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Verwendungszweck: 810-505.

Diese Spende ist steuerlich absetzbar. Damit wir entsprechende Bescheinigungen für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders / der Spenderin.

Titelfoto: U-Bahnhof Schönhauser Allee

Fotos: Gisela Blank, Michael van der Meer, Sandra Brunner

**Linksfraction in der BVV Pankow**

Bezirksamt

Fröbelstraße 17, Haus 7,

Fraktionszimmer, Raum 109

**DIE LINKE Pankow**

Bezirksgeschäftsstelle

Kopenhagener Straße 76,

Nähe S und U Schönhauser Allee